

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Freitag,
18. April 1879.

Inserate
Nach an die Expedition in
Ceipzig zu senden.
Zeichnungsgebühr
für die Spaltenzeile 20 Pf.
ander Eingangs zu Pf.

Telegraphische Depeschen.

* Wiesbaden, 16. April. Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin des Deutschen Reiches werden Se. Maj. den Kaiser bei seiner am 18. April hier erfolgenden Ankunft begrüßen und alsdann die Rückreise nach Potsdam antreten.

* Köln, 16. April. Die gestrige Versammlung im Gürzenich nahm schließlich einstimmig die bereits gemeldete Resolution mit dem von Pauli beantragten Amendement an. Mit einem Hoch auf Se. Maj. den Kaiser wurde die Versammlung geschlossen.

* Schwerin, 16. April. In der griechischen Kapelle des großherzoglichen Schlosses ist heute ein Dankgottesdienst für die glückliche Errettung der Kaiserin Alexander am 14. April und zugleich eine Gedächtnisfeier anlässlich der Errettung des Kaisers bei dem Attentat am 16. April 1866 abgehalten worden.

* München, 16. April. Der König beglückwünschte den Kaiser von Russland sofort nach dem Eingehen der Attentatsnachricht telegraphisch zu seiner Errettung. In der hiesigen griechischen Kirche fand gestern ein Dankgottesdienst statt, welchem die Mitglieder der russischen Gesandtschaft, der österreichische Gesandte und eine große Anzahl anderer Notabilitäten beiwohnten.

* Krakau, 15. April. Der Czars drückt in seiner heutigen Nummer energisch im Namen der polnischen Nation seinen Abscheu über das wider den Kaiser Alexander gerichtete Attentat aus; er fügt hinzu, dieses Verbrechen sei gewiss das Werk einer Verschwörung, welche nicht nur die Monarchen, sondern die Gesellschaft, die weltliche und geistliche Ordnung bedrohe, zu deren Schutze die polnische Nation standhaft, kraftvoll und unerschrocken eingreifen werde.

* Neuenburg, 16. April. Auf Grund des von der Jury abgegebenen Wahrspruches hat der Gerichtshof den verantwortlichen Herausgeber des Journals 'Avantgarde', Brousse, zu zweimonatlichem Gefängnis, zehnjähriger Ausweisung aus dem Bundesgebiete und in die Kosten verurtheilt, auch die Veröffentlichung des Urtheils im Bundesblatt angeordnet.

* Rom, 15. April. Der Papst hat an den Kaiser von Russland anlässlich dessen glücklicher Errettung ein Glückwunschtelegramm gerichtet. Die albanesischen Delegirten sind nach Frankreich abgereist.

* Kaffabon, 16. April. In dem Befinden der Königin ist eine wesentliche Besserung eingetreten, die Symptome der Lungenaffection haben abgenommen, das Fieber ist geschwunden.

* Petersburg, 16. April. Bei Beantwortung der vom Abtelsmarschall des petersburger Adels, Grafen Bobrensky, an ihn gerichteten Ansprache äußerte sich der Kaiser dahin, daß die Kühnheit und Vermessen-

heit der jüngsten Attentate ihm die Pflicht auferlege, sehr gegen seine Wünsche außerordentliche Maßregeln zu ergreifen und zwar nicht etwa feinewegen, sondern im Interesse aller, im Interesse der Gesellschaft, im Interesse Russlands.

* Bukarest, 16. April. Die rumänische Regierung hat den Kaiser Alexander anlässlich seiner glücklichen Errettung telegraphisch beglückwünscht; morgen wird hier selbst ein großer Dankgottesdienst stattfinden. — Der Oberst Orero, italienisches Mitglied der europäischen Commission zur Feststellung der Grenzen zwischen Bulgarien und der Dobrubtscha, ist auf der Durchreise nach Konstantinopel, woselbst die Commission ihre Entscheidungen treffen soll, hier angekommen.

* Wien, 16. April. Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel von gestern: „Alexo-Pascha hat dem Großvezir angezeigt, daß er den Posten eines Generalgouverneur von Dstrumelien annehmen würde. — Die Pforte ist gesonnen, dem Sultan die Abtretung des Districts von Tricala an Griechenland als äußerste Concession vorzuschlagen.“

*airo, 15. April. Eine aufheimeid aus Regierungskreisen kommende Mittheilung besagt, bis jetzt sei aber die gegenwärtige Lage weder eine directe noch eine indirecte Mittheilung der Pforte hier eingegangen.

Die Arbeiten des Reichstages.

* Berlin, 16. April. Die wenigen Wochen, die billigerweise noch für die Reichstagsarbeiten in Anspruch genommen werden können, werden knapp genullt, das riesenhafte Material der Steuer- und Zollvorlagen in einer der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechenden Weise zu bewältigen. Noch ist ferner aus der ersten Hälfte der Session eine stattliche Reihe von Vorlagen übrig, die bisher in den Commissionen vorberathen worden, noch aber im Plenum nicht erledigt sind. Einige derselben, die nicht, wie z. B. die Justizgesetze, unumgänglich in dieser Session durchgeführt werden müssen, werden aller Wahrscheinlichkeit nach der Ungunst der Zeit- und Geschäftslage zum Opfer fallen. So ist es z. B. sehr zweifelhaft, ob die Anträge auf Abänderung der Gewerbeordnung, die Wucheranträge, das Lebensmittel-Fälschungsgesetz, das Vogelzug-, das Consulargerichtsbarkeitsgesetz und manches andere noch in dieser Session zu einem positiven Ergebnis führt.

Trotzdem werden uns fast täglich neue, theilweise sehr schwierige und umfassende Gesetzentwürfe noch für diese Session in Aussicht gestellt, deren absolute Dringlichkeit und Unaufschiebbarkeit sicherlich nicht überall zu erweisen sein wird. Zu den bereits früher angeknüpften und allerdings sehr wünschenswerthen Gesetzentwürfen über die Reorganisation der Reichslande und den Bau eines Reichstagsgebäudes wird

uns von officiöser Seite nun auch in Aussicht gestellt, daß die gegenwärtige Session sich unter anderem noch zu beschäftigen haben werde mit der Regelung des Eisenbahngütertarifs, mit einem Reichs-Versicherungsgesetz, mit einem Viehseuchengesetz, mit der Revision des Armenunterstützungsgesetzes. Und wer weiß, was noch sonst in dem unermüdblichen Reichstagsparlament in Vorbereitung begriffen ist!

Es scheint uns denn doch angebracht, gegen diese Ueberlastung des Reichstages, der ohnehin bis zum äußersten Grade der Erschöpfung angespannt werden wird, Verwahrung einzulegen. Es ist absolut unmöglich, in einer Dringllage, wie sie dem Reichstage im Mai und Juni bevorsteht, außer den Zoll- und Steuervorlagen und den bereits nahezu erledigten unerlässlichen Arbeiten aus der ersten Hälfte der Session noch anderes Material zu bewältigen. Auch die parlamentarische Receptionsfähigkeit hat ihre Grenzen.

Russische Zustände.

— Keipzig, 17. April. Das neueste Attentat auf den Kaiser Alexander hat die öffentliche Aufmerksamkeit in erhöhtem Grade auf die russischen Zustände im allgemeinen hingelenkt, als deren Symptom dasselbe erscheint. Mit großer Uebereinstimmung hat die westeuropäische Presse in erster Linie den Nihilismus dafür verantwortlich gemacht. Aber zugleich hat sich auch die Erkenntniß mehr verbreitet, daß der Nihilismus in Russland sowohl negativ als positiv mit gewissen sehr tiefgehenden Schäden des russischen Staats- und Gesellschaftslebens eng zusammenhänge. Dadurch unterscheidet er sich von dem deutschen Socialismus, der (abgesehen etwa von der indirecten Förderung, die er durch manche rechtsfeindliche Strömungen erhielt) in seinen Zielen wie in seinen Agitationsmitteln nichts specifisch Deutsches, vielmehr etwas Internationales hat. Ueber den russischen Nihilismus schrieb die Russische Correspondenz aus Petersburg bereits vor dem Attentat unterm 7. April:

„Das Ausschreiken des Nihilismus, die Organisation und Verbreitung seiner geheimen Verbindungen, die Freiheit der von ihm verübten Verbrechen und die Straflosigkeit, deren sich die Verbrecher in den meisten Fällen zu erfreuen haben, wären kaum zu begreifen, wenn man nicht den Schlüssel zum Verständnis dieser Erscheinungen in zwei unwürdigen Faktoren des russischen Lebens hätte: in der Blasktheit der russischen Aristokratie und in der Corruption des Beamtenthums. Die Nihilisten gehören zum großen Theil der Aristokratie an, der Bürger, soweit in Russland überhaupt von einem Bürgerstande die Rede sein kann, will durchaus nichts von diesen geheimen Verbindungen und Verschwörungen wissen, und von den Polizeibeamten weiß eine sehr große Anzahl mehr von den Verbindungen und Verbrechen der Nihilisten, als bekannt und bestraft wird. Das sind zwei Thatsachen,

Die siebente Delegirtenversammlung des Deutschen Lehrervereins.

Am 14. April trat in Berlin die Delegirtenversammlung zusammen. Eröffnet wurde dieselbe durch den Vorsitzenden des berliner Localcomité, Hrn. Franz Baade. Derselbe wies darauf hin, daß diese Versammlung die zweite ist, welche seit Gründung des Vereins in Berlin tagt. „Hebung der Volksschule sei die Devise des Vereins, welcher derselbe in seinen vielen Unternehmungen immerdar treu geblieben sei, und unter dieser Devise trete auch diese Delegirtenversammlung zusammen. Der Verein zähle jetzt 18—20000 Mitglieder, leider stehen aber noch Tausende von Amtsgenossen den Bestrebungen des Vereins fern, theils aus amtlichen Hinderungsgründen, theils aus Selbstsucht; es sei aber zu hoffen, daß auch diese bald von dem gemeinsamen Bande umschlungen werden würden. Au principiellen Gegnern fehle es dem Vereine nicht, andererseits zeige es sich aber, daß die vom Verein vertretenen Ideen immer mehr Anerkennung finden, und dies sei ein Trost, mit welchem jener Segnerische ein Paroli geboten werden könne. Er begrüßte die Erscheinungen mit der Hoffnung, daß die Delegirtenversammlung, welche zur Frühlingszeit zusammenetrete, auch der Lehrerschaft und dem gesammten Volksschulwesen zum Segen gereichen werde.“

Wie die Präsenzliste ergibt, sind 10 Provinzialverbände durch 26 Delegirte vertreten und zwar die Verbände von Schleswig-Holstein, Hamburg, Ostpreußen, Brandenburg, Keipzig, Berlin, Provinz Sachsen, Schlessien, Westphalen und Braunschweig, ferner der Centralvorstand, außer

dem Geschäftsführenden Ausschusse, durch 19 Mitglieder, auch wohnen viele Gäste von Berlin und außerhalb den Verhandlungen bei.

Die erste geschäftliche Versammlung der Delegirten wurde am 15. April vormittags 10 Uhr eröffnet. Den Vorsitz führte der Vorsitzende des Centralvorstandes, Dr. Thiersch. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Köhnke-Hamburg, zum dritten Vorsitzenden Schröder-Magdeburg, zu Schriftführern Wartenberg-Berlin, Brenneck-Berlin und Ramme-Berlin gewählt. Der Versammlung wohnte unter anderem auch der Stadtschulrath Dr. Vertram bei.

Nach Erledigung der üblichen Formalien erstattete Dr. Lied den Jahresbericht:

Derselbe knüpfte an die traurige Lage der Zeit an, erinnerte an die Calamitäten in Handel und Industrie, an das Auftreten gewissenloser Agitatoren und an die Unbenutzbarkeit schmachbeladener Crediten gegen die geheiligte Person unseres Kaisers. Stien dieselben schon an und für sich auf tiefste zu beklagen, so seien sie leider der Beginn für eine rastlose Thätigkeit von politischen Fingertlingen aller Art, die die Freiheit der Lehre und des Gewissens gefährden und der Entwicklung des Volksschulwesens verhängnisvoll werden könnten. Das sei das düsterste Blatt in der Vereinsgeschichte des letzten Jahres. Ein ferneres düsteres Blatt seien die Beschuldigungen, welche gegen die Volksschullehrer erhoben worden seien, indem man sie verantwortlich machte für die Zunahme der Verbrechen und Bergehungen im allgemeinen. Verantwortlich dafür seien ganz andere Factoren: die Kriege mit ihrem Gefolge von Korbelt und Bestialität, der Orildungsschwund mit der Vermehrung der Genußsucht und Unreclität, die Agitationen socialdemokratischer, ultramontaner und pietistischer Heher, welche das Rechtbewußtsein, die Vaterlandsliebe und Pflichttreue untergraben. Ebenso unbegründet seien die Vorwürfe, die man dem Lehrerstande wegen seiner sittlichen

Haltung mache. Der Lehrstand könne in dieser Beziehung den Vergleich mit allen Staatsbürgern und namentlich mit allen Beamten aushalten. Sollte etwa die sittliche Haltung wirklich etwas zurückgegangen sein, so wären daran wieder jene Factoren schuld, ferner die unzureichende Dotirung der Lehrer und der Lehrermangel, der viele Personen in den Lehrstand bringe, die nicht hineingehören.

Was die innere Ausgestaltung des Volksschulwesens betrifft, so entbehre man in Preußen noch immer des Schulgesetzes. Was die „allgemeinen Bestimmungen“ betrifft, so entsprächen dieselben, was dankbar anzuerkennen sei, in ihren Tendenzen ganz den Anforderungen der modernen Pädagogik, sie könnten aber jederzeit durch Ministerialerlass wieder aufgehoben werden, und Ruhe und Sicherheit fehle daher noch immer.

Was nun die Stellung des Volkes und der Volkvertreter zur Volksschule anbelangt, so haben die Volkvertreter stets warme Worte und Herzen für die Volksschule gehabt, trotzdem seien an Thaten noch nicht viele zu verzeichnen. Berlin z. B. entbehre noch immer einer Vertretung der Lehrerschaft in der Schulverwaltung und einer Theilnahme derselben an der Feststellung des Lehrplanes. Zu bedauern sei ferner, daß die Lehrer in ihrem Gehalt noch immer hinter den Magistratsbeamtenstand zurückstehen, daß zu Schulinspektoren vorzugsweise Philologen und Theologen erwählt werden.

Bezüglich der Vereinsverhältnisse im besondern sei zu bedauern, daß der Ruf der Lehrerschaft nach Einigkeit noch immer nicht ganz gehört werde und daß von den 48000 deutschen Volksschullehrern etwa der dritte Theil erst sich vereinigt habe und daß namentlich die süddeutschen Brüder noch fehlen. Während der Deutsche Lehrerverein mit 27 Zweigvereinen und 11000 Mitgliedern in das Jahr 1878 eintrat, wuchs die Mitgliederzahl bald auf 13000 Mitglieder und dieselbe beträgt jetzt weit über 17000. Dieses rapide Wachsthum ist namenlich dem Eintritt des preussischen Landeslehrervereins zu danken. Der Bericht erinnert im weitern an die Ergebnisse des zweiten Deutschen Lehrertages in Magdeburg und erläutert schließlich

1. Fest-
Gebet des
n der Ge-
der ver-
age, die
[809]

ht sich
ten u.
sten
ng von
ngs-
igen
mlische
r der
tt.

der

nern Ab-
tals wird
erledigung
erbundene
0 in der
Hospitalis,
innerhalb
baptarzie

ster
[802]

/S.
bandlung.
n, timo-
r Stid-
gtheilt.
in Halle
Hof" in
rück.

Offen-
Dähnel
mer in
aller in
n Mäh-
rer Otto
ma. Böh-
eller in
ngel. —
in Lin-
Brunn
lenberg
ber in
ller in
r. — Hr.
mit Hr.
reibesher.
Lehrer
Stei-
fied in
hleben-
bold in
sche in
Erinmitt-

n Keipzig
Dr. Otto
ne Mif-
in Reud-
Dasper
y Hem-
Rabbiner
sben eine
n Reud-
hwahlbe
Richard

ie Bon-
ähle r-
ne ver-
— Dr.
Schwett-
— Frau
Franken-

Keipzig